

Besetzung einer prominenten oder hervorgehobenen Richterposition anschließend auch Konkurrenzklagen gab. Das ist sogar in der für mich zu überschaubaren Zeit schon vorgekommen und insofern kein Novum.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister. Weitere Anfragen liegen mir nicht vor. Damit beende ich die Fragestunde.

Wir kommen zurück zu Tagesordnungspunkt 1 und führen die Haushaltsdebatte fort.

Ich rufe auf:

## **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

### **Einzelplan 04 Ministerium der Justiz**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6804 und auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Bongers von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Sonja Bongers (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute diskutieren wir den Haushaltsentwurf, heute diskutieren wir in Zahlen gegossene Politik, und heute zeichnet sich dasselbe Bild wie nach den Haushaltsberatungen im Rechtsausschuss.

Die Stellensituation in der Justiz in Nordrhein-Westfalen ist – und das muss man sagen – wie in den letzten Jahren desolat. Dabei sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die größte Ressource, die wir haben. Sie halten den Justizapparat am Laufen. Sie stellen sicher, dass Rechtsstaatlichkeit ein verlässlicher Wert in diesem Land ist und nicht nur eine theoretische Größe. Aber leider beobachten wir Jahr für Jahr das gleiche Prozedere: In den Haushaltsentwürfen werden neue Stellen eingestellt, die dann in Wirklichkeit doch nicht besetzt werden. So auch mal wieder in diesem Jahr. Im Fernsehen würde man sagen: „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

Im vorliegenden Einzelplan werden neue Stellen avisiert, ohne die zahlreichen bislang offenen Stellen überhaupt besetzen zu können. Eines ist uns doch allen klar: Unter dieser massiven personellen Unterbesetzung leidet die zügige Bearbeitung von Fällen; dem Beschleunigungsgrundsatz kann nicht nachgekommen werden.

Durch die vielen offenen Ermittlungsverfahren gefährden Sie auch in gewisser Hinsicht den Frieden in der Gesellschaft. Wenn Menschen nicht mehr wahrnehmen können, dass die Justiz für Recht und Gerechtigkeit arbeitet, frustriert das ungemein.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und der FDP)

Wir können Ihr Verhalten, liebe Landesregierung, an dieser Stelle nicht gutheißen, auch wenn neue Stellen auf dem Papier geschaffen werden.

Ein gutes Beispiel für Ihre nicht nur desolate, sondern auch äußerst unsoziale Haushaltspolitik sind die 22 neuen Stellen für Fachkräfte für das Konzept Psychiatrisch intensiviertere Behandlung (PIB). Auch wenn Sie diese Stellen schaffen wollen, ist es bedauerlich, dass die Gelder für das PIB insgesamt um 1,6 Millionen Euro abgesenkt werden. Diese 22 Stellen machen sicherlich nicht 1,6 Millionen Euro aus.

(Zuruf von der FDP)

Auch wenn Sie hier auf der einen Seite Stellen schaffen, macht es dennoch den massiven sozialen Abbau nicht wett, den Sie mit diesem Programm betreiben. Die veranschlagten Mittel für das PIB sind auch weiterhin erforderlich.

Ein weiterer Punkt, den wir hier bereits in vielen Plenarsitzungen diskutiert haben, ist das Thema, die Berufe in der gesamten Justiz attraktiver zu machen.

Die Tatsache, dass Sie nicht genügend ausgebildetes, qualifiziertes Personal finden, zeigt doch, dass dringend mehr ausgebildet werden muss. Aber Sie schaffen es einfach nicht, eine gelungene Ausbildungsinitiative auf die Beine zu stellen. Sie überlegen ja sogar, pensionierte Staatsanwältinnen und Staatsanwälte für den Dienst zurückzugewinnen. Die Kreativität dieses Ansatzes ist zwar kurzfristig gesehen lobenswert, aber halt nur kurzfristig. Pensionierte Menschen können nur wenige Jahre mehr ihren Dienst leisten.

In der Summe muss ich leider feststellen, dass es in der Justiz an allen Enden fehlt: Personal, Ausstattung, Nachwuchs und Zufriedenheit des juristischen Nachwuchses im Referendariat. Darüber hinaus ist der Justizvollzug personell am Limit. Es fehlt an Psychologinnen und Psychologen, und sogar die Dienstkleidung für Wachtmeister ist hier ein Thema. Sie drehen sich bei all diesen Themen im Kreis, und das ist bedauerlich.

Das Fazit lautet deswegen, sehr geehrter Herr Minister Limbach: Die Justiz braucht dringend eine Generalüberholung. Ich kann Ihnen versichern, dass trotz aller Zwistigkeiten hier in diesem Parlament die Demokraten und vor allem die Sozialdemokraten bei einem solchen Projekt einer Generalüberholung an Ihrer Seite stehen.

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, obwohl wir den Gesamthaushalt in

Gänze ablehnen, werden wir uns beim Einzelplan 04 für die Justiz enthalten. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Bongers. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Erwin.

**Angela Erwin (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Bongers! „Und täglich grüßt das Murmeltier“ – es verwundert nicht, dass Sie den vorgelegten Haushaltsentwurf kritisieren und mehr Geld für Personal und Nachwuchsgewinnung wollen. Als Opposition ist es immer leicht, nach mehr zu rufen. Aber die Frage ist doch: Was ist seriöse Haushaltspolitik?

Mehr Geld – das wollen wir gerne auch, und das wollen wir auch gerne aus Berlin bekommen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Ich frage mich, warum Sie nicht mit dem Kollegen Pfeil die Möglichkeit nutzen auf den Bundesjustizminister einzuwirken, um an mehr Geld für die Justiz in NRW zu gelangen. Beim Pakt für Digitalisierung lässt dieser nur spärlich mit sich reden.

(Sven Wolf [SPD]: Pakt für den Rechtsstaat wird fortgesetzt!)

Das Videoportal der Justiz ist nur eine von vielen versprochenen Dingen, auf die wir immer noch warten. Wann soll das denn kommen? Antwort – Fehlansage.

Stichwort: seriöse Haushaltspolitik. Was wir derzeit in Berlin erleben, ist das Gegenteil von seriöser Haushaltspolitik.

(Sven Wolf [SPD]: Jetzt bin ich überrascht! Rainer, sag das mal!)

Das hat das Verfassungsgericht auch eindeutig attestiert. Es ist jetzt für uns alle Zeit, dass wir das Geld nicht mit der Gießkanne raushauen, sondern es ist die Zeit des Sparens. Und das tun wir hier in Nordrhein-Westfalen. Wir machen unsere Hausaufgaben, und das in dieser schwierigen Ausgangslage.

In solchen Zeiten muss man nämlich ehrlich sein – ehrlich zu sich selbst, ehrlich zu den Bürgern und ehrlich zu den Menschen in unserem Land. Vieles von dem, was wir gerne gemacht hätten, ist aufgrund der angespannten Haushaltslage leider nicht möglich. Umso wichtiger ist es jetzt, den Fokus richtig zu setzen und Prioritäten zu haben.

Oberstes Ziel ist – wie in den letzten Jahren auch – die Stärkung und das Funktionieren unseres Rechtsstaates. Den Fokus möchte ich daher heute auf drei Themenfelder richten: Digitalisierung, Personal und Ausbildungsoffensive.

Digitalisierung ist eine der größten gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, auch für die Justiz. Hier müssen wir dranbleiben. Die Arbeiten zur vollständigen Einführung der elektronischen Akte und der IT-Zentralisierung der Justiz laufen auf Hochtouren. Gleichzeitig schießen die Einkaufspreise für die Hardware und die Stundensätze bei IT.NRW in die Höhe. Neue Herausforderungen wie die Entwicklung der zeitlich notwendigen Einführung der E-Klausur kommen hinzu.

Neben der Bewältigung dieser neuen Rahmenbedingungen schaffen wir es dennoch, die Investitionen in die IT der Justiz noch einmal deutlich zu erhöhen. Mit einem weiteren Plus von zusätzlich 26 Millionen Euro investiert unsere Landesregierung in diesem Haushalt so viel in die Digitalisierung wie noch nie. Gerade diese Investitionen brauchen wir aber auch mehr denn je. Wenn der Staat nicht mehr mit denjenigen mithalten kann, die ihn gefährden oder angreifen, funktioniert ein Rechtsstaat abrupt auch nicht mehr.

Der Kern eines funktionierenden Rechtsstaates ist – zweitens – mehr denn je das Personal. Warum „mehr denn je“? Das ist ganz einfach: Die Anforderungen an die Justiz – auch diejenigen, die wir an sie stellen – und die Komplexität der Aufklärung sind so hoch wie noch nie.

Seit 2017 haben wir insgesamt fast 700 neue Planstellen geschaffen. Davon sind über 300 bei den Staatsanwaltschaften hinzugekommen. Auch in diesem Haushalt richten wir einen Fokus auf zusätzliches Personal. Mit insgesamt 40 zusätzlichen Planstellen und Stellen stärken wir unseren Staatsanwaltschaften den Rücken.

In einem sind wir uns heute mit Sicherheit einig: Wir müssen permanent daran arbeiten, dass unsere Justiz personell so ausgestattet ist, damit sie den Herausforderungen dieser Zeit begegnen kann. Dank unserer Nulltoleranzstrategie werden deutlich mehr Verbrechen aufgedeckt. Daraus resultieren auch mehr Strafverfahren.

Der Anstieg bei Cybercrimefällen oder bei der Clan-kriminalität zeigt ebenfalls, dass es zu mehr Verfahren vor Gericht führt, wenn mehr ermittelt und aufgeklärt wird. Die steigenden Zahlen beim Bürgergeld und beim Sozialbetrug oder den Verstößen im Aufenthaltsrecht sowie der Vaterschaftsanerkennung erhöhen die Belastungen zusätzlich.

Ich komme zu meinem dritten Punkt. Wir alle wissen, dass die Nachwuchsgewinnung auch in der Justiz eine der großen Herausforderungen ist. Deshalb ist es wichtig, unsere Ausbildungsoffensive weiterhin voranzutreiben. Durch zusätzliche Dozentenstellen an der Fachhochschule für Rechtspflege und am Ausbildungszentrum der Justiz sorgen wir dafür, dass die Rechtspflege in Zeiten des demokratischen Wandels gut aufgestellt ist.

Dass uns allen die Nachwuchsgewinnung wichtig ist, zeigt auch der Änderungsantrag der FDP. Allerdings befinden wir uns hier nicht bei „Wünsch dir was“. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden.

Auch den Herausforderungen des Strafvollzugs trägt dieser Haushalt Rechnung. Stichworte sind hier das Haus der intensivpädagogischen Betreuung und psychiatrisch intensivierete Behandlungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Justiz muss einen Beitrag leisten, auch wir müssen in diesem Haushalt sparen. Durch unsere klare Priorisierung werden jedoch die wichtigsten und die notwendigen Investitionen in die Zukunft unseres Rechtsstaats gewährleistet und fortgesetzt. Das ist gut so. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Erwin. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Pfeil.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Justiz in NRW steht vor einem Kollaps. Diese Überschrift kommt aus der Presseberichterstattung und nicht von mir. Aber sie stimmt, denn die Justiz in NRW steht aufgrund des Stillstands der letzten anderthalb Jahre vor massiven Problemen. Das hängt damit zusammen, dass man Probleme nicht sieht, Ergebnisse aus Anhörungen nicht hören will und leugnet, sich Sachen schönredet und mehr mit sich selbst beschäftigt ist als mit den Justizmitarbeitern und deren Forderungen. Dabei ist das alles nicht alternativlos.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Herr Minister, das Justizministerium muss wieder handlungsfähig werden. Es reagiert nicht auf die Anregungen des Deutschen Richterbundes, nicht auf die Forderungen der Staatsanwälte und nicht auf die massive Kritik der Gerichtsvollzieher und der Justizwachtmeister. Oder soll ich besser sagen, der Justizminister reagiert nicht? Alle konstruktiven Vorschläge, die wir als FDP-Fraktion im Bereich Digitalisierung und KI,

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

aber auch hinsichtlich des akuten Personalmangels, der Nachwuchsgewinnung sowie der Gesamtsituation der Justiz gemacht haben, werden pauschal abgelehnt.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Genau!)

Das Ministerium legt sich quasi selbst lahm und manövriert sich in eine Oppositionsrolle. Weil der Grundsatz gilt, dass nicht umgesetzt wird, was wir als

Opposition fordern, macht das Justizministerium seit einem Jahr nichts mehr: Verdammt zur Untätigkeit –

(Sven Wolf [SPD]: Außer im Stellenbesetzungsverfahren!)

aus Angst, ein Vorschlag der FDP könnte angenommen werden. So macht man keine Politik, Herr Justizminister.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Entschuldigen Sie, aber wie ist das mit gesundem Menschenverstand überhaupt zu verstehen?

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Das ist überhaupt nicht zu verstehen, und das passt in das gesamte Bild von diesem Justizminister, dessen Entscheidungen eigentlich niemand mehr richtig verstehen kann – auch die Öffentlichkeit, die Presse und die Verwaltungsgerichte in Münster und Düsseldorf nicht.

Zu den Fakten: Es gibt Einsparungen von 29 Millionen Euro. Wie bereits im letzten Jahr hat der Justizminister in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses mitgeteilt, dass niemand mehr als er selbst mit dem Einzelplan 04 des Haushalts unzufrieden sei. Damit hat er nicht ganz recht, denn unzufriedener sind wir von der FDP-Fraktion.

(Beifall von der FDP)

Außerdem hätte er etwas ändern können. Wo sind Ihre Gesetzesvorlagen, Anträge oder Anhörungen? Was ist mit dem Resozialisierungsgesetz, das angeblich schon vor Monaten fertiggestellt wurde? Wo ist der integrierte Bachelor? Wo sind die Initiativen, um die KI in NRW zum einen besser voranzutreiben und

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

zum anderen die Bürger besser davor zu schützen? Wo bleibt die massive Kampagne zur Nachwuchsgewinnung für die Justiz, auf die schon hingewiesen wurde?

Nachwuchswerbung: Hier kürzen Sie, Herr Minister. Ihr Haushalt sieht bei der Nachwuchswerbung eine Minderung in Höhe von 56.400 Euro vor. Dabei erklären Sie uns im Rechtsausschuss, dass Sie bereits jetzt zu wenig Geld hätten. Warum kürzen Sie dann hier?

Digitalisierung und KI: Sachverständige, aber auch Mitarbeiter der KI-Taskforce des Justizministeriums haben in der Anhörung einen interdisziplinären Austausch gefordert. Was machen Sie? Nichts. Warum? Weil das ein FDP-Antrag war?

Mehr Personal: Die Staatsanwälte stehen akut bei einer Belastungsquote von fast 143 %. Das bedeutet im Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen 250.000 unerledigte Ermittlungsverfahren. Die Tendenz im

nächsten Jahr ist steigend. Was machen Sie? Nichts. Statt der geplanten 20 oder 40 Stellen müssten mindestens weitere 100 zusätzliche Stellen für Staatsanwälte vorgesehen werden. Der Deutsche Richterbund fordert sogar noch mehr.

Bessere Bezahlung der Justizberufe: Darauf wurde auch hingewiesen. Was geschieht? Nichts.

Abstandsgebot: Auch darauf wurde hingewiesen. Was passiert? Nichts.

Vergütung und Entschädigung von Vollstreckungsbeamten: Dazu wurden in der Anhörung konkrete Vorschläge unterbreitet, die Sie, Herr Minister, nur umsetzen müssten. Sie hätten die Anregungen nur aufgreifen müssen. Was passiert? Nichts. Weil es ein FDP-Vorschlag war?

Wachtmeister: Rheinland-Pfalz hat es uns vorge-macht und die Besoldung geändert. Was passiert in Nordrhein-Westfalen? Nichts.

Bei Berufsbetreuern werden 16 Millionen Euro gekürzt – in einem Bereich, der für unser Justizwesen eigentlich notwendig wäre.

Wir reden über die dritte Gewalt des Staates, und sie wird hier nicht mehr richtig und ordnungsgemäß ausgeübt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Pfeil. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Höller.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Vorweg: Ich bin total irritiert von Ihrer Rede, Herr Pfeil. Unzählige Anträge zu KI in der Justiz, unzählige Anhörungen dazu, diverse Sondersitzungen – das allein macht noch keine gute Justizpolitik aus. Sie stellen es hier so dar, als wäre das der Kern einer guten Justizpolitik. Das finde ich irritierend.

Gerade in diesen weltweit angespannten Zeiten werden uns die Bedeutung und der Wert eines funktionierenden Rechtsstaats und einer unabhängigen Justiz umso deutlicher bewusst. Wir sollten aufhören, diese schlechtzureden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Berge von Akten sagen etwas anderes!)

Unser funktionierender Rechtsstaat ist die Basis für eine lebendige Demokratie. Investitionen in unsere Justiz sind Investitionen in unsere Demokratie. Unsere Justiz ist nur so stark wie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Daher möchte ich erst mal allen Menschen Danke sagen, die in der Justiz ihren anspruchsvollen Job

machen und damit ihren wertvollen Beitrag für unseren Rechtsstaat leisten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

In einer schwierigen Haushaltslage setzen wir Prioritäten und investieren allem voran in die Nachwuchsgewinnung. Wir sind uns über alle demokratischen Fraktionen hinweg einig, dass die Nachwuchsgewinnung die vielleicht wichtigste Aufgabe in der Justiz ist. Es ist gut, wenn wir alle dabei an einem Strang ziehen.

Mit diesem Haushalt schaffen wir neue Ausbildungskapazitäten an der Fachhochschule für Rechtspflege und im Ausbildungszentrum der Justiz und stellen erneut 350 Einstellungsermächtigungen für Justizfachangestellte zur Verfügung.

Mit acht neuen Stellen für Dozent\*innen beim Ausbildungszentrum der Justiz und der Einrichtung zweier zusätzlicher Unterrichtsklassen erhöhen wir die Kapazitäten für Rechtspflegeanwärterinnen und -anwärter.

Mit der neuen Ausbildungskampagne zeigt NRW, dass die Justiz neben Richterinnen und Staatsanwälten weitere spannende und verantwortungsvolle Jobs zu bieten hat.

Neben engagierten und gut ausgebildeten Mitarbeiter\*innen brauchen wir eine gut funktionierende Infrastruktur. Das bedeutet auch eine digitale Infrastruktur. Herr Pfeil, Sie weisen immer wieder darauf hin. Das ist aber mehr, als sich mit künstlicher Intelligenz zu beschäftigen. In den letzten Jahren ist in der Justiz da viel liegen geblieben. Wir nehmen diese Fäden auf und erhöhen die Sach- und Investitionsmittel um 28,5 Millionen Euro.

Mit den insgesamt mehr als 150 Millionen Euro finanzieren wir Investitionen in die IT-Infrastruktur, unseren Beitrag zur Entwicklung eines einheitlichen bundesweiten Fachverfahrens im Justizvollzug, die Entwicklung und Einführung einer länderübergreifenden elektronischen Gefangenenpersonalakte. Besonders freuen wir uns, dass 2024 endlich das E-Examen eingeführt wird.

Ein starker Rechtsstaat zeichnet sich auch dadurch aus, wie wir mit denjenigen in unserer Gesellschaft umgehen, die ganz besondere Unterstützung brauchen. Wir schaffen deshalb 22 Stellen in der psychiatrisch intensivierten Behandlung im Justizvollzug. Vor dem Hintergrund steigender Zahlen psychisch erkrankter Gefangener ist das genau der richtige Schritt.

Das gilt auch für den Ausbau des Hauses der intensivpädagogischen Betreuung. Eine ausreichende Betreuung ist für die Möglichkeit zur erfolgreichen Resozialisierung notwendig und hilft damit der gesamten Gesellschaft.

Wir schaffen fünf neue Planstellen, um an Justizvollzugsanstalten Extremismusbeauftragte einzurichten. Damit setzen wir das Konzept zur Intensivierung der Prävention sowie Bekämpfung politischer und religiös-extremistischer Bestrebungen von Gefangenen weiter um. Auch im Vollzug legen wir also den Schwerpunkt auf unsere Demokratie.

Vertrauen in den Rechtsstaat schafft insbesondere die konsequente Verfolgung von Kriminalität. Das gilt ganz besonders für Kriminalität, die große gesellschaftliche Schäden verursacht. Deshalb steht die Bekämpfung der Umweltkriminalität ganz oben auf unserer Agenda. Umweltkriminalität ist die drittgrößte kriminelle Aktivität weltweit. Sie ist eine der weltweit profitabelsten Aktivitäten des organisierten Verbrechens. Wir alle wissen, zu welch schweren Schädigungen es dadurch kommt.

Deshalb ist es gut, dass der Justizminister vor zwei Wochen die Zentralstelle Umweltkriminalität eröffnet hat. Denn dadurch ...

(Beifall von den GRÜNEN)

– Ja, ich finde, dafür darf es Applaus geben. Das ist ein ganz wichtiger Schritt. Dadurch konzentrieren wir uns nämlich auf die Verfolgung herausgehobener Umweltstraftaten und legen endlich der schädigenden Umweltkriminalität das Handwerk.

Auch Steuer- und Wirtschaftskriminalität richten immense Schäden für die Allgemeinheit an. Straftaten wie die im Cum-Ex-Verfahren entziehen der Gesellschaft das Geld, das am Ende für Kitas und Schulen fehlt.

Das Justizministerium hat für die zuständige Staatsanwaltschaft vier zusätzliche Stellen eingerichtet – und das zusätzlich zu den ohnehin bereits 40 neuen Stellen in den Staatsanwaltschaften.

Konsequente Strafverfolgung: Dafür stehen wir als Koalition mit diesem Haushalt. Wir stärken mit diesem Haushalt die Justiz.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die Redezeit, Frau Kollegin.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Wir setzen in weltweit angespannten Zeiten und einer schwierigen Haushaltslage Prioritäten für unseren starken Rechtsstaat und unsere lebendige Demokratie.

Im Namen von Dagmar Hanses, von der ich weiß, dass sie diese Rede heute sehr gerne gehalten hätte, ...

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin, die Redezeit.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** ... stimmen wir Einzelplan 04 gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Höller. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Beucker.

**Dr. Hartmut Beucker (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Der Haushaltsentwurf für den Einzelplan 04 Ministerium der Justiz enthält zwar richtige Ansätze, aber leider auch wesentliche Mängel. In fast allen Beschäftigungsbereichen der Justiz sind Personalmangel und Arbeitsüberlastung zentral. Aufgrund des demografischen Wandels wird sich daran auch so schnell nichts ändern. Ja, es wird sich sogar verschärfen.

Die personelle Misere ist konstant und besorgniserregend. Unsere Justiz arbeitet am Anschlag. Zu wenig Personal, riesige Aktenberge, zu lange Verfahren: Das ist Alltag bei den Staatsanwaltschaften in NRW.

Zur Jahreshälfte gab es 231.000 unerledigte Ermittlungsverfahren. Das ist ein Anstieg um 34 % binnen zweier Jahre. NRW belegt damit den unrühmlichen zweitschlechtesten Platz in der Länderwertung. Der Deutsche Richterbund sieht eine extreme Überlastung und berechnet das Fehlen von 376 Stellen.

Dabei kommt die Entwicklung alles andere als überraschend. Die Zahl der zu verfolgenden Straftaten ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Wenn die Staatsanwaltschaften so zum Nadelöhr von Verfahren werden, könnte dies zu mehr Einstellungen von Verfahren führen und potenziell Straftäter ermutigen. Der richtige Anspruch bleibt, die Belastungsquote auf 100 % zu senken. Und es bedeutet keineswegs, die Politik oder die Justiz schlechtzureden, wenn wir konstatieren, dass die Belastung demgegenüber bei 143 % liegt.

Der Minister lässt in dieser Hinsicht seinen Worten keine Taten folgen. Bei 376 fehlenden Stellen reichen 20 zusätzliche Stellen einfach nicht aus. Bei 19 Staatsanwaltschaften im Land bekommt jede Staatsanwaltschaft gerade einmal einen neuen Staatsanwalt dazu. Das ist unzureichend und ein völlig falsches Signal an eine personell auslaugte Strafjustiz, die Ihnen dies mit immer mehr Überlastungsanzeigen vor Augen führt. Freiräume für Straftäter sind mit uns nicht zu machen.

Mit unserem Änderungsantrag haben wir dies deutlich gemacht und einen signifikant höheren Stellenaufwuchs gefordert. Uns ist allerdings klar, dass die von uns geforderten zusätzlichen 86 Stellen für das Haushaltsjahr 2024 nur ein Anfang sein können. Wir unterstützen die Staatsanwaltschaften in unserem Land und sorgen für eine spürbare Entlastung. Des

Ministers Leuchtturmprojekte – die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität und die Stärkung der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel – erkennen wir an, aber das bringt keine Besserung in der Breite.

Der Haushaltsentwurf geht auch an anderer Stelle fehl. Deutlich steigende Eingangszahlen im Asylbereich stellen eine weitere Herausforderung für die Verwaltungsgerichte dar. Im Zeitraum von Januar bis September dieses Jahres haben nach amtlicher Statistik über 251.000 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 73 %.

Der Haushaltsentwurf reagiert faktisch mit einem Sparprogramm bei den Richterstellen. Eine Überlastung der Verwaltungsgerichte ist damit programmiert. Eine zügige Bearbeitung der Asylverfahren gibt es so nicht. Die Verwaltungsgerichte werden in dieser Art nicht, wie von uns beantragt, gestärkt, sondern im Gegenteil auf eine Belastungsprobe gestellt.

Neben der Personalverstärkung besonders bei den Staatsanwaltschaften und Verwaltungsgerichten sollten wir die Justizberufe attraktiver machen. Hierzu findet sich nichts im Haushaltsplan. Justizvollzugsbeamte arbeiten unter schwierigen Bedingungen. In Nordrhein-Westfalen haben sie allerdings das Nachsehen, wenn es um kostenfreie Dienstkleidung geht.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands kritisiert diesen Umstand richtigerweise. Mit der Einrichtung einer zentralen Kleiderkammer – wir haben das beantragt – könnten Sie ein Zeichen der Wertschätzung setzen. Das ist nötig, denn bundesweit sind 2.000 Stellen in Justizvollzugsanstalten unbesetzt, fast die Hälfte davon in NRW. Das muss doch geändert werden.

Die Landesregierung hat zwar große Ankündigungen in ihrem Koalitionsvertrag gemacht, aber wenig Konkretes und Prägnantes geliefert. Den Herausforderungen der Gegenwart im Justizbereich tritt sie nicht mit der gebotenen Entschlossenheit entgegen. Das sind unterm Strich keine guten Aussichten für die Zukunft der Justiz im Land. Wir erkennen allerdings die Sparzwänge an und kennen auch nicht die Umstände, die in einer Koalition so wirksam werden. Daher werden wir uns bei dem Einzelplan Justiz nur enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Danke sehr, Herr Dr. Beucker. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Limbach.

**Dr. Benjamin Limbach**<sup>\*)</sup>, Minister der Justiz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Als wir den Ihnen heute vorliegenden

Entwurf des Einzelplans 04 im Rechtsausschuss diskutiert haben, habe ich mich für Ihre differenzierten Stellungnahmen bedankt. Die Aussprache im Ausschuss war geprägt von den gemeinsamen Zielen der demokratischen Fraktionen dieses Hauses.

Wir alle wollen in diesen schwierigen Zeiten eine unabhängige und leistungsfähige Justiz, die einen starken und durchsetzungsfähigen Rechtsstaat in Nordrhein-Westfalen garantiert. Ich betone an dieser Stelle ungeachtet der gegenteiligen Rufe aus einer der Oppositionsfraktionen: Eine solche Justiz haben wir.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Diese Sicht auf die Justiz in Nordrhein-Westfalen lasse ich mir auch nicht von denjenigen vernebeln, die aus politischem Kalkül versuchen, etwas anderes zu suggerieren.

Dennoch räume ich selbstverständlich ein: Die Herausforderungen für die Justiz sind groß. Dies gilt insbesondere für den demografischen Wandel. Die hieraus resultierenden Probleme sind in der Aussprache im Rechtsausschuss zutreffend benannt worden.

Gerade deswegen möchte ich auch in der heutigen Debatte noch einmal betonen, wie wichtig es ist, dass wir an dieser Stelle des vorliegenden Haushaltsentwurfs nicht sparen, sondern priorisieren. Wir priorisieren die Ausweitung der justizeigenen Ausbildung junger Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Wir priorisieren die justizeigene Ausbildung der Justizfachwirtinnen und Justizfachwirte. Die Ausbildungseinrichtungen der Justiz in Bad Münstereifel und Essen fahren am absoluten Limit dessen, was unter Kapazitätsgesichtspunkten überhaupt noch leistbar ist.

Ich möchte Ihnen dies noch einmal in Zahlen darstellen. In der Laufbahngruppe 2.1, also bei der Ausbildung der Rechtspflegeanwärterinnen und -anwärter, ist die Zahl der Einstellungsermächtigungen von 179 im Jahr 2018 auf inzwischen 350 erhöht worden. Wir bilden also fast doppelt so viele junge Menschen zum Rechtspfleger bzw. zur Rechtspflegerin aus.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dies ist angesichts der Situation in dieser Laufbahngruppe bei den Gerichten, insbesondere aber bei den Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen ganz dringend erforderlich.

Ein vergleichbares Bild zeigt ein Blick auf die Entwicklung in der Laufbahngruppe 1.2, den sogenannten Service- und Unterstützungsbereich. In diesem Bereich haben wir seit 2019 einen neuen Ausbildungsgang zum Justizfachwirt bzw. zur Justizfachwirtin aufgelegt, der inzwischen mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf auf 406 Ausbildungsmöglichkeiten erhöht werden soll. Hinzu kommen 322 Auszubildende für den Beruf der bzw. des Justizfachangestellten. Diese Zahlen zeigen: Die

Landesregierung stellt sich den Herausforderungen des demografischen Wandels.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Diese in den vergangenen Jahren deutlich erhöhten Kapazitäten der justizeigenen Ausbildungsgänge stellen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die neben ihrer täglichen Arbeit die Praxisausbildung der künftigen Kolleginnen und Kollegen leisten müssen, einen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand dar. Für diese Arbeit möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken, denn sie ermöglicht erst die Fortsetzung der Ausbildungsinitiative der Justiz, mit der wir dem demografischen Wandel entgegentreten.

Weitere thematische Schwerpunkte des Einzelplans 04 kann ich an dieser Stelle nur stichwortartig nennen.

Stärkung der Staatsanwaltschaften: Wir schaffen mit dem Haushalt 2024 insgesamt 40 neue Planstellen und Stellen zur Unterstützung der hochbelasteten Strafverfolgungsbehörden in NRW. Ich kann Ihnen zusagen: Weitere Unterstützungsmaßnahmen sind in Vorbereitung.

Digitalisierung der Justiz: Die Digitalisierung der Justiz wird im kommenden Haushaltsjahr ebenfalls hoch priorisiert. Insgesamt soll ein Budget von rund 190 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Allein die Sach- und Investitionsmittel werden gegenüber dem Haushaltsansatz für 2023 um rund 25,8 Millionen Euro erhöht. Zudem sind fünf neue Einstellungsermächtigungen für Verwaltungsinformatikerinnen und -anwärter im Haushalt 2024 sowie erstmals fünf Einstellungsermächtigungen für Auszubildende im Bereich „Fachinformatik und Systemintegration“ vorgesehen.

Im Justizvollzug priorisieren wir insbesondere die Umsetzung der psychiatrisch intensivierten Behandlung und bauen die intensivpädagogische Betreuung im Jugendvollzug aus.

Sehr geehrte, liebe Frau Abgeordnete Bongers, bei all der Kritik, die Sie geäußert haben, freue ich mich, dass Ihre Fraktion sich immerhin zu diesem Einzelplan enthält. Das ist mir eine wirkliche Freude und zeigt, dass wir zu konstruktiver Zusammenarbeit immer wieder bereit sind. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister Limbach. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zu der Abstimmung über den Einzelplan 04 Ministerium der Justiz.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6804, den Einzelplan 04 unverändert

anzunehmen, aber wir stimmen zunächst noch über folgende Änderungsanträge ab.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7044**. Antragstellerin ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag Drucksache 18/7045. Antragstellerin ist ebenfalls die Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/7045 abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7046** ab. Antragstellerin ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind die Fraktionen von SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 18/7046 **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7047**. Antragstellerin ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind die Fraktionen von FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7048**. Antragstellerin ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7049** ab. Antragstellerin ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7118** ab. Antragstellerin ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7119**. Antragstellerin ist die Fraktion der

AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7120**. Antragstellerin ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7121** ab. Antragstellerin ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen somit über den Einzelplan 04 ab, und zwar über den Einzelplan selbst nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan so zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der **Einzelplan 04 in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 08  
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung**

**a) Kommunales und Heimat**

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion der Kollegin Stock das Wort.

**Ellen Stock (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Städte, Gemeinden, Kreise – was würden wir ohne unsere Kommunen tun? Die Antwort lautet: ehrlicherweise sehr wenig. Ob Personalausweis, Baugenehmigung, Elterngeld, Kita, Schule, Tierschutz, Straßen, Kultur, Rettungsdienst, Feuerwehr, Gesundheit, Wirtschaftsförderung, Tourismus oder

Sport, nicht selten auch Wasser, Abwasser, Müllabfuhr: Die Kommunen kümmern sich um die wichtigsten Lebensbereiche, die fast jeden Menschen auf die eine oder andere Weise betreffen.

Wenn es unseren Kommunen in Nordrhein-Westfalen schlecht geht, geht es den Menschen in Nordrhein-Westfalen auch schlecht. Das müssen wir hier einmal festhalten. Deshalb müssen wir uns fragen: Wie geht es denn unseren Kommunen in Nordrhein-Westfalen?

Wenn man den Städten und Gemeinden richtig zuhört, lernt man schnell: Es geht ihnen sehr schlecht – so schlecht, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einen unüberhörbaren und einmaligen Hilferuf an den Ministerpräsidenten gerichtet haben.

Dieser Brandbrief spricht Herausforderungen und Probleme an, denen sich unsere Kommunen von Bund und Land ausgesetzt sehen – ich möchte betonen: von Bund und Land. Bitte sehen Sie daher heute von den ewigen Rufen nach dem Bund oder nach Berlin ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den regierungstragenden Fraktionen, wir kennen diese Rufe zu Genüge. Das ist alles zugestanden. Sie können aufhören, diese Nebelkerzen zu werfen.

Ich möchte Sie an eine wichtige Tatsache erinnern: Wir sind der Landtag von Nordrhein-Westfalen, und Sie stellen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Wir haben hier im Land nicht nur eigene Kompetenzen, Zuständigkeiten und Verantwortung, wir haben auch einen eigenen Gestaltungsanspruch. Zumindest wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben diesen Anspruch an unser Land.

(Beifall von der SPD)

Um dem gerecht zu werden ...

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin, entschuldigen Sie, dass ich Sie kurz unterbreche. Es ist nicht nur mein Empfinden, sondern hier oben insgesamt die Wahrnehmung, dass es unruhig ist. Das betrifft so ziemlich alle Fraktionen inklusive Regierungsbank. Ich bitte Sie doch, der Rednerin Gehör zu schenken, damit wir dann alle ...

(Zurufe – Heiterkeit)

**Ellen Stock (SPD):** Dann lernen Sie noch was dazu.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Dass ich jetzt noch für Unruhe Sorge mit meinem Wortbeitrag ...

(Christian Dahm [SPD]: Es ist doch keiner da!)

– Aber es sind so viele auf der Regierungsbank, dass man sich unterhalten kann. Ich bitte, die Gespräche einzustellen und ausschließlich der Debatte Gehör zu schenken. – Bitte schön.